Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (RS/WL)

Hier die Übersicht. Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert.

1. US-Kongress stimmt für Finanzkompromiss
2. Im Verborgenen: Urteile ohne Volkes Wissen
3. Sondierung mit SPD: Seehofer akzeptiert 8,50 Euro Mindestlohn
4. Arbeitslose Ingenieure: “Auch wer spezialisiert ist, kriegt nicht immer einen Job”
5. Krank in der Leistungsgesellschaft: Wie der Kapitalismus den Stress privatisiert
6. Die Tarifautonomie bröckelt seit Jahren
7. Höhere Produktivität und mehr Innovationen auf regulierten Arbeitsmärkten
8. Arm, arbeitslos und unpolitisch
9. Hunger mit System
10. Guillaume Duval*: Deutschland ist ein Huhn, das nach seinen Eiern sucht
11. Angeblich droht „den“ Arbeitnehmer/innen eine kräftige Erhöhung der Sozialabgaben
12. Erneuerbare Energie
13. Quandt-Großspende für die CDU
14. Primark – Mode zum Wegwerfen
15. USA: Forschung auf Eis
16. Vergessener Whistleblower
17. Kontext Wochenzeitung
18. Studierende als Investitionsobjekte
19. Nachtrag zu unserem gestrigen Hinweis Nr. 12 c

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **US-Kongress stimmt für Finanzkompromiss**
   Der drohende Staatsbankrott der USA ist abgewendet. Nach dem Senat hat auch das Abgeordnetenhaus für eine Erhöhung des Schuldenlimits gestimmt.
   Der drohende Staatsbankrott der USA ist abgewendet. Nach dem Senat hat auch das Abgeordnetenhaus am Mittwochabend für einen Gesetzentwurf gestimmt, der eine Erhöhung des Schuldenlimits und einen Übergangsetat für die Regierung vorsieht.
   Quelle: SZ

Anmerkung RS: *Leider nur ein Aufschub, aber immerhin, Obama ist diesmal nicht eingeknickt.*

2. **Im Verborgenen: Urteile ohne Volkes Wissen**
   Wenn es rechtlichen Ärger gibt, dann zieht man vor Gericht. Dort gibt man den Fall in die Hände unabhängiger Richter, die nach Recht und Gesetz über den Fall beraten und entscheiden. So will es die demokratische Grundordnung und die Regel der Gewaltenteilung.
   Dass es international noch eine weitere Gerichtsbarkeit gibt, ist den meisten eher unbekannt. Denn diese Gerichtsbarkeit ist nicht für jedermann anzurufen und zu nutzen. Ihre Organe sind Schiedsgerichte, besetzt mit drei Juristen. Diese werden angerufen, wenn große Konzerne ganze Länder beklagen wollen – jenseits der nationalen Gerichtsbarkeit und jenseits nationaler Kontrollen. Ihre Arbeit sei, so Kritiker, intransparent, ihre Urteile aber unwiderruflich und bindend…
   Kritiker sehen diese Gerichtsbarkeit skeptisch, so wie der Völkerrechtler Prof. Markus Krajewski von der Universität Erlangen-Nürnberg: "Das Problem besteht darin, dass wir hier ausländische Unternehmen haben, die ein funktionierendes Rechtssystem umgehen können und sich auf diese Weise Vorteile verschaffen können, die andere nicht haben", so der Experte. "Sie können Druck ausüben auf politische Entscheidungen, die in einem ordentlichen Verfahren so nicht stattfinden könnten."
   Quelle: NDR Fernsehen
3. **Sondierung mit SPD: Seehofer akzeptiert 8,50 Euro Mindestlohn**
   Als erster führender Unionspolitiker kommt Horst Seehofer vor der dritten Sondierungsrunde der SPD beim Mindestlohn entgegen: Der CSU-Chef will einem Mindestlohn von 8,50 Euro zustimmen – dafür verlangt er von den Genossen Gegenleistungen.
   Quelle: Spiegel Online

   Anmerkung RS: *Zu den Gegenleistungen gehört „Wünschenswert wäre immer, differenzieren zu können entweder nach Regionen oder Branchen". Damit wird klar, dass die Union einen flächendeckenden Mindestlohn nach wie vor ablehnt.*

4. **Arbeitslose Ingenieure: "Auch wer spezialisiert ist, kriegt nicht immer einen Job"**
   Deutschland klagt über Fachkräftemangel. Und doch sind viele Ingenieure arbeitslos. Wie geht das zusammen? "Mismatch" gehöre zum Arbeitsmarkt, sagt Ökonom Thomas Straubhaar. Im Interview spricht er über zu hohe Erwartungen und über Chancen in fachfremden Disziplinen.
   Quelle: Spiegel Online

Anmerkung Jürgen Karl: *Es ist doch schön, dass die neoliberalen Apologeten für alles eine Ausrede finden. Die Frage ist allerdings wie man "Mismatch" definiert? Für viele Unternehmen besteht Fachkräftemangel ja bereits, wenn sich um eine Stelle nicht gleich 50 oder mehr Bewerber raufen und man die Konditionen nicht nach belieben nach unten drücken kann. Und was meint Straubhaar mit "zu hohe Erwartungen"? Ist die Erwartung für seine Arbeit auch anständig bezahlt zu werden schon zu hoch?*

5. **Krank in der Leistungsgesellschaft: Wie der Kapitalismus den Stress privatisiert**
   Wer trägt die Kosten, wenn das Wirtschaftssystem krank macht? In seinem Essay "Kapitalistischer Realismus" fordert der britische Wissenschaftler Mark Fisher: Die Gewerkschaften müssen die politische Dimension von Burnout und Depression erkennen.
   Quelle: Spiegel Online
6. **Die Tarifautonomie bröckelt seit Jahren**
   Alle Parteien versprechen den Mindestlohn. Mal gesetzlich, mal branchenbezogen und von Tarifparteien ausgehandelt. Beschworen wird aber auch die Tarifautonomie. Doch die bröckelt seit Jahren. Das beobachtet Dr. Reinhard Bispink.
   Quelle: SR
7. **Höhere Produktivität und mehr Innovationen auf regulierten Arbeitsmärkten**
   Eine Deregulierung des Arbeitsmarktes soll aus Sicht angebotsorientierter Ökonomen das Wirtschaftswachstum beschleunigen. Die Empirie spricht nicht dafür, dass dies funktioniert. Der Grund: Hire and fire statt stabiler Jobs bremst Innovationen, zeigt eine aktuelle Untersuchung.
   Die weniger regulierten Arbeitsmärkte der angelsächsischen Länder wurden in Deutschland lange als Vorbild gepriesen und stehen nun Modell für sogenannte "Strukturreformen" in Südeuropa. Dahinter steht die Vorstellungswelt der neoklassischen Ökonomie: Je geringer die Bedeutung von Arbeitsschutzgesetzen, Kündigungsschutz sowie zentral statt individuell ausgehandelten Löhnen, desto weniger vermeintliche "Störfaktoren" bringen die Wirtschaft aus dem Gleichgewicht. Ist diese Theorie in der Praxis haltbar? Das hat Prof. Dr. Alfred Kleinknecht, Wirtschaftsprofessor an der Universität Delft und Senior Fellow am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, mit einigen Forscherkollegen untersucht. Das Ergebnis: Ökonomien mit unterschiedlich organisierten Arbeitsmärkten haben sich in der Vergangenheit durchaus unterschiedlich entwickelt. Aber weniger Regeln bedeuten weder mehr Wachstum noch weniger Arbeitslosigkeit…

- In puncto Wirtschaftswachstum gibt es keinen nennenswerten Unterschied zwischen liberalen und koordinierten Marktwirtschaften.
- Die Reallöhne stiegen in Kontinentaleuropa schneller als in angelsächsisch geprägten Ländern.
- Die Zahl der Arbeitsstunden nahm dagegen in den liberalen Ländern deutlich zu, während sie im "alten Europa" stagnierte.
- Die Arbeitsproduktivität wuchs in Ländern wie Deutschland, Frankreich und Italien deutlich schneller. Offenbar, so die Forscher, produzieren beide Modelle in etwa die gleiche Wirtschaftleistung, das liberale benötigt dazu wegen des geringeren Wachstums der Produktivität jedoch mehr – und schlechter bezahlte – Arbeitsstunden.

Gibt es in den liberalen Marktwirtschaften wegen des höheren Arbeitsaufwands zumindest weniger Erwerbslose? Empirisch bestätigt sich diese Vermutung nicht: Kleinknecht und seine Koautoren haben die durchschnittlichen Arbeitslosenquoten der Jahre 1970 bis 2010 berechnet und kommen für die USA, Großbritannien, Kanada und Australien auf 6,9 Prozent. Die Vergleichsgruppe mit Ländern wie Deutschland, Frankreich und Italien lag mit 6,3 Prozent knapp darunter…
Das alte Europa: Innovativ dank sicherer Arbeitsplätze. Dass Kontinentaleuropa bei Wachstum und Beschäftigung trotz höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeiten mithält, kann die neoklassische Theorie nicht erklären. Es gibt aber andere Ansätze: Zentral ist den Wissenschaftlern zufolge das Thema Innovation. Eine routinierte, ständige Verbesserung von Produkten und Arbeitsabläufen sei in einem Wirtschaftsmodell mit stabilen Arbeitsbeziehungen besser zu organisieren als unter einem Hire-and-fire-Regime…
Entsprechend warnen die Forscher: "Die Deregulierung von Arbeitsmärkten hat ihren Preis." Es sei nicht beides zugleich zu haben: hochproduktive Betriebe und billige, stets austauschbare Arbeitskräfte.
Quelle: Alfred Kleinknecht u.a.: Schadet die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts der Innovation?, in: WSI-Mitteilungen 4/2013 [PDF – 289 KB]

Quelle: Böckler Impuls 11/2013

8. **Arm, arbeitslos und unpolitisch**
   Die Ungleichheit in der politischen Beteiligung nimmt in Deutschland leicht zu – Soziale Herkunft prägt politische Teilhabe
   Menschen mit niedrigem Einkommen und Arbeitslose sind hierzulande politisch weniger interessiert und engagiert als andere. Dieser Zusammenhang hat sich seit den 90er Jahren tendenziell verstärkt. Im europäischen Vergleich sind in Deutschland die Unterschiede in der politischen Beteiligung der verschiedenen sozialen Gruppen relativ stark ausgeprägt. So lauten die zentralen Ergebnisse einer im Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) veröffentlichten Studie auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP).
   Quelle 1: DIW
   Quelle 2: DIW
9. **Hunger mit System**
   War da was? Wenn wieder einmal eine Hungersnot eine Region in Afrika oder Asien erschüttert, schauen wir betroffen die Bilder in der Zeitung und im Fernsehen an, spenden vielleicht ein paar Euro – und gehen zur Tagesordnung über.
   Quelle: Nürnberger Nachrichten
10. **Guillaume Duval[*]: Deutschland ist ein Huhn, das nach seinen Eiern sucht**
    Es ist viel von deutscher Führung in Europa die Rede, in Wahrheit aber fehlt es gerade an Führung. Deutschland ist de facto eine wirtschaftliche Führungsrolle zugefallen, mit der es auf politischer Ebene nicht das Geringste anzufangen weiß. Deutschland ist ein Huhn, das seine Eier sucht.
    Hinzu kommt die Besonderheit der Person Angela Merkels. Wir haben es mit einer gebürtigen Ostdeutschen zu tun, die die europäische Union im Alter von 35 Jahren entdeckt hat, die vorher nie einen Fuß nach Italien, Spanien oder Griechenland gesetzt hat und die diese Länder nur auf Staatsbesuchen und europäischen Gipfeln kennengelernt hat. Nach meinem Eindruck hat sie im Grunde genommen keine Ahnung, was in Europa vor sich geht.
    Quelle 1: RAGEMAG
    Quelle 2: Übersetzung

    Anmerkung E.J.: *Das Interview ist zwar schon etwas älter, aber es ist sowohl als Inhaltsangabe des Buchs von Guillaume Duval "Made in Germany – Le modele allemand au-dela des mythes" als auch als zeitgeschichtliches Dokument zum aktuellen Zustand der deutsch-französischen Beziehungen ein hochinteressanter Blick von unserem Nachbarland auf die deutsche Politik. Die Art und Weise, wie Duval am Ende des Interviews Zeichen für eine wiederbeginnende deutsch-französische Annäherung herbeizuzitieren versucht, ist beschämend für den deutschen Umgang mit*

Frankreich und Europa.

11. **Angeblich droht „den“ Arbeitnehmer/innen eine kräftige Erhöhung der Sozialabgaben**
    “Deutlich höhere Sozialbeiträge für Arbeitnehmer” schlagzeilt am 10. Oktober die “Süddeutsche Zeitung”, und der Text beginnt so: “Auf die Arbeitnehmer kommen 2014 deutlich höhere Sozialabgaben zu.”…
    Irgendwann ahnt dann der verärgerte Leser, dass es um die alljährliche Neufestsetzung der Bemessungsgrenzen in der gesetzlichen Sozialversicherung geht, die aber keineswegs “die” Arbeitnehmer und “jeden” Beschäftigten betrifft, sondern ausschließlich solche, die bisher über eine Bruttomonatseinkommen von mindestens 3937,50 Euro verfügen.
    Ein Single mit einem Gehalt von 4000 Euro im Monat muss laut SZ demnach 44,64 Euro zusätzlich berappen – im Jahr, also geschlagene 3,72 Euro im Monat. Und das geht dann hinauf bis zu Leuten, die 5950 Euro im Monat bekommen: Für die entsteht eine monatliche Mehrbelastung von 20,92 Euro, was aber schon das Maximum ist, das auch bei einem Monatsgehalt von 7000 oder 9000 Euro oder mehr anfällt. Weil die neue Grenze des Einkommens, für das Rentenversicherungsbeiträge fällig werden, die “Bemessungsgrenze”, im nächsten Jahr in Westdeutschland eben bei 5950 Euro liegen soll (siehe Tabelle).
    Aber die Nachricht von den “deutlich höheren Sozialbeiträgen für Arbeitnehmer” geht – unter Berufung auf den Text der “Süddeutschen” – durch die Republik und von anderen Medien teils wortgleich übernommen.
    Quelle: ver.di News
12. **Erneuerbare Energie**
    a. **Mehr billigen Ökostrom**
       Der Ausbau erneuerbarer Energien sollte vom Staat stärker finanziert werden, fordert Holger Krawinkel, Energieexperte beim Bundesverband der Verbraucherzentralen.
       Wo ansetzen mit einer Reform?
       Krawinkel: Bei Netzentgelten ist es eigentlich relativ einfach. Wir haben tausend Netzbetreiber, knapp tausend Netzbetreiber. Da sind natürlich noch sehr viele Effizienzen zu heben, wenn sich diese Unternehmen stärker zusammenschließen würden. Da gibt es zu wenig Druck aus der Regulierung. Dann ist natürlich nicht jeder Ausbau wirklich erforderlich. Alleine der Ausbau der Offshore-Netze in Nord- und Ostsee würden knapp 40 Milliarden Euro kosten. Das heißt, da würden die Netzentgelte auch noch mal dramatisch ansteigen. Und da komme ich auch schon auf das EEG selbst. Da haben wir letztendlich auch zwei Probleme. Es sind

die Altlasten, über 20 Milliarden inzwischen. Da sind viele Technologie-Entwicklungskosten dabei. Die gehören wie bei anderen Technologien im Energiebereich auch in den Staatshaushalt. Atomtechnologie, Kohletechnologie, das ist alles aus dem Staatshaushalt gefördert worden. Nur bei den Erneuerbaren muss es der Stromkunde direkt zahlen. Das wäre durchaus möglich, wenn ich entsprechende Fonds auflegen würde, die dann zumindest erst mal aus dem Haushalt zwischenfinanziert würden. Man kann sich dann überlegen, inwieweit die Nutznießer der Energiewende da ein Stück weit zur Zahlung herangezogen werden.
Quelle: DLF

b. **Schluss mit der Demontage der Erneuerbaren!**
Streichung der Einspeisevergütung löst Kostenproblem nicht, würgt aber Energiewende ab. Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) muss Onshore-Wind und Photovoltaik fördern.
Es ist zunehmend absurd, dass die Strompreisfrage immer wieder mit der Forderung nach einer Reduzierung des Ausbaus der Erneuerbaren einhergeht. Die Strompreise spiegeln nicht die tatsächlichen Kosten der Stromerzeugung wieder. Würden die durch Kohlekraftwerke verursachten Klimaschäden oder die Kosten der Endlagerung hochradioaktiven Mülls miteinfließen, würde deutlich werden, wie viel günstiger der Einsatz der erneuerbaren Energien für die deutsche Volkswirtschaft ist.
Wichtig wird es zukünftig sein, die verbrauchsnahe Stromerzeugung zu fördern und klare ökologische Leitplanken wie den Schutz der Natur beim Ausbau der Windkraft zu setzen."
Um die Strompreise kurzfristig zu reduzieren und die Verbraucher zu entlasten, muss der durch die Erneuerbaren gesunkene Strompreis an der Börse von den Stromkonzernen an die privaten Haushalte weitergegeben und endlich ungerechtfertigte Privilegien für die Industrie abgebaut werden. "Es ist zutiefst ungerecht, dass die Belastung eines Privathaushalts durch die Industriesubventionen in 2014 nochmals auf inzwischen 80 Euro im Jahr ansteigen…
Quelle: BUND

c. **EEG-Umlage kein Preisschild für die Energiewende**
Berlin, 15. Oktober 2013: Der heute veröffentlichte Anstieg der EEG-Umlage auf 6,24 Cent/kWh für 2014 geht nur zu einem geringen Teil auf den Zubau von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbarer Energie (EE) zurück. Der Ausbau hat nur einen Anteil von 15 % oder 0,15 Cent/kWh an dem Anstieg der EEG-Umlage von insgesamt knapp 1 Cent/kWh, erklärt Dr. Hermann Falk, Geschäftsführer des

Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE). Die reinen Finanzierungskosten für EE-Anlagen machen auch an der gestiegenen EEG-Umlage 2014 nur 2,54 Cent/kWh von 6,24 Cent/kWh aus. „Die EEG-Umlage ist also schon lange kein Preisschild mehr für den Ausbau der Erneuerbaren Energien“, sagt Falk.
In der aktuellen Diskussion um die EEG-Umlage ist zu beachten: Den größten Anteil an der Steigerung der Umlage haben der Rückgang des Strompreises an der Börse und die zusätzlichen Ausnahmeregelungen für Unternehmen mit 36 % bzw. 33 %. Von den fallenden Preisen an der Strombörse profitieren – anders als häufig dargestellt – viele Unternehmen ganz direkt durch den günstigen Einkauf ihres Stroms. Für die Erneuerbaren ist die Berechnungsweise der EEG-Umlage dagegen ein Problem: Dadurch dass sie an der Börse die Preise senken, wächst die Differenz zwischen der gezahlten EEG-Vergütung für grünen Strom und den mit diesem Strom an der Börse erzielten Einnahmen. Damit steigt automatisch die Umlage, die diese Lücke schließen muss. „Das heißt: Die Erneuerbaren senken die Strompreise und werden gleichzeitig durch die mangelhafte Berechnungsmethode der Umlage Opfer ihres eigenen Erfolgs“, so Falk. Dieser Faktor macht 2014 insgesamt 1,47 Cent/kWh innerhalb der EEG-Umlage aus – ein Anstieg von 0,37 Cent/kWh gegenüber 2013.
Die Entlastung von Industrieunternehmen wird im kommenden Jahr für die übrigen Verbraucher mit 1,26 Cent/kWh zu Buche schlagen. Das sind 0,34 Cent/kWh mehr als in diesem Jahr. Eigentlich war die Besondere Ausgleichsregelung im EEG zum Schutz stromintensiver Unternehmen im internationalen Wettbewerb eingeführt worden. Die Zahl der begünstigten Betriebe ist aber von 603 im Jahr 2011 auf 1691 in diesem Jahr gestiegen und wird bis zu 2300 Betriebe im kommenden Jahr umfassen.
Quelle: Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE)

13. **Quandt-Großspende für die CDU**
    a. **Kritik an Quandt-Großspende für CDU – Transparency International fordert Obergrenze von 50.000 Euro**
    Transparency International-Vorsitzende Müller plädierte auch dafür, die Höhe der Parteispenden zu begrenzen. Ein Konzern solle pro Jahr maximal 50.000 Euro an eine Partei spenden dürfen. Das würde “den besonders finanzkräftigen Lobbyinteressen” ein wenig die Einflussmöglichkeit erschweren, sagte Müller in der Mitteldeutschen Zeitung. Zuvor hatte bereits die Organisation LobbyControl eine Obergrenze für Parteispenden von 50.000 Euro je Person und Jahr gefordert.
    Quelle: SZ
    b. **Neue Details: Quandts wollten Spenden aus dem Wahlkampf**

heraushalten
Die BMW-Großaktionäre Quandt/Klatten haben bewusst ihre Spende aus dem Wahlkampf herausgehalten. Das bestätigte gestern ein Sprecher der Familie Quandt gegenüber dem Handelsblatt. Außerdem wurde bekannt, dass die CDU die Zusage zu der Spende bereits im Frühjahr erhalten hatte…
Die Familie Quandt hat damit den Wählerinnen und Wählern bewusst Informationen vorenthalten, die diesen nach dem Parteiengesetz eigentlich zustehen.
Auch der Zeitpunkt der Spendenankündigung bleibt hinsichtlich der Neuregelung der europäischen Abgasnorm brisant. Denn die politische Diskussion über die Neubestimmung der CO2-Grenzwerte lief länger. Im Juni ließ Deutschland die Abstimmung das erste Mal platzen. Das Frühjahr war also gerade die heiße Phase, in der die Position der Bundesregierung zur Neuregelung der EU-Abgasnorm diskutiert wurde.
Bereits im November 2011 und Dezember 2012 nahm Susanne Klatten an zwei Gesprächsrunden mit der Kanzlerin teil – wie aus einer kürzlich veröffentlichten Anfrage der Linksfraktion hervorgeht.
Quelle: LobbyControl

14. **Primark – Mode zum Wegwerfen**
Ein T-Shirt für zwei Euro, eine Hose für elf Euro. Viele Fummel werden aufgrund ihres Spottpreises nicht einmal anprobiert, geschweige denn später gewaschen. Kaufen, anziehen, wegwerfen. Auf dem Internetportal Youtube tummeln sich begeisterte Teenies mit Videos über ihre Einkaufsbeutezüge, genannt „PRIMARK-Hauls“.
ZDFzoom fragt: Wie kann PRIMARK so billig sein? Wenn ein T-Shirt nur zwei Euro kostet, dann muss irgendwo auf der Welt jemand den Preis dafür zahlen, sprich: für sehr wenig Geld sehr viel arbeiten. ZDFzoom macht sich auf die Suche: Laut Firmenangaben lässt PRIMARK unter anderem in Bangladesch produzieren, in rund 100 Fabriken. Als eine von vielen Textilketten ließ PRIMARK auch im Rana-Plaza-Gebäude in der Nähe der Hauptstadt Dhaka fertigen. Im April 2013 stürzte das Gebäude ein. Mehr als 1100 Menschen verloren ihr Leben, größtenteils Textilarbeiterinnen.
Immer wieder klagen Kunden über einen unangenehmen „giftigen“ Geruch in den PRIMARK-Geschäften. ZDFzoom forscht nach: Woher kommt der penetrante Geruch? Ist die Raumluft durch Schadstoffe aus den Textilien belastet?
In Internet-Foren finden sich immer wieder Berichte von PRIMARK-Kunden über Hautprobleme und allergische Reaktionen. Welche gesundheitlichen Risiken sind mit dem Tragen der Billigmode verbunden – zumal junge Leute vieles ungewaschen anziehen?

Quelle: zdf

Anmerkung JK: *Es wurde bereits an anderer Stelle erwähnt, ein wesentliches Moment der neoliberalen Ideologie ist die Verschleierung der Herkunft von Reichtum und die Verschleierung der Tatsache, dass dieser letztendlich auf Ausbeutung basiert. Die Reportage über die Billigklamottenmarke Primark beweist dies erneut. Während die Kleidung dieser Marke unter anderem in Bangladesh unter katastrophalen Arbeitsbedingungen hergestellt wird, haben etwa die europäischen Mitarbeiter in den Läden der Kette ebenfalls nichts zu lachen. Dass die Familie Weston, die über den britischen Lebensmittelkonzerns Associated British Foods, Primark kontrolliert, eine der reichsten Familien Großbritanniens ist, muss man fast schon nicht mehr explizit erwähnen.*

15. **USA: Forschung auf Eis**
    Die Haushaltskrise in den USA legt immer mehr Wissenschaftsprojekte lahm
    Die Freiheitsstatue ist wieder für Besucher geöffnet, manche Nationalparks in den USA haben wieder den Betrieb aufgenommen. Aber wer glaubt, die Ausgabensperre im öffentlichen Dienst der USA sei nur halb so schlimm, täuscht sich. Für die Forschung hat der sogenannte Government Shutdown immer dramatischere Folgen. Wissenschaftsjournalist Thomas Reintjes beobachtet von New York aus, wie die amerikanische Wissenschaft von der Zwangsbeurlaubung betroffen ist. Im Gespräch mit Ralf Krauter beschreibt er die Probleme der Forscher in den Staaten.
    Quelle: DLF
16. **Vergessener Whistleblower**
    Ein für Ende dieser Woche anberaumtes antifaschistisches Symposium würdigt den Widerstand des jüdischen Atomphysikers Léon Gruenbaum gegen einen bis heute vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT) als “Ehrensenator” geführten NS-Täter. Der in Rede stehende ehemalige Geschäftsführer des Kernforschungszentrums Karlsruhe, Rudolf Greifeld, wurde von Gruenbaum bereits Anfang der 1970er Jahre enttarnt. Dem jüdischen Physiker gelang der Nachweis, dass Greifeld während des Zweiten Weltkriegs an antisemitischen Maßnahmen im von deutschen Truppen besetzten Paris beteiligt war. Grünbaums Recherchen führten zudem auf die Spur eines weiteren hochrangigen NS-Verbrechers: Waldemar Ernst, von 1940 bis 1942 Chef des Polizeireferats im Stab des deutschen Militärbefehlshabers in Frankreich, ordnete unter anderem die Festnahme der ersten tausend französischen Juden an – zwecks Deportation in die NS-Vernichtungslager. Insgesamt gebührt Gruenbaum das Verdienst, frühzeitig auf das Engagement zahlreicher führender Naziaktivisten in der bundesrepublikanischen Nuklearwissenschaft und -wirtschaft hingewiesen zu haben;

Folgen hatte dies allerdings nicht.
Quelle: german-foreign-policy.com

Dazu: Ungeliebter Aufklärer
Der jüdische Physiker Léon Gruenbaum enthüllte die Nazivergangenheit westdeutscher Atommanager. Gedankt wurde es ihm nicht.
Quelle: junge Welt

Anmerkung Jens Wernicke: *Zu diesem Kontext ist ebenfalls der Artikel „Deutsche Banken finanzieren Atomwaffen-Herstellung – eine grundsätzliche Antwort Kriegsordnung überwinden!“ von Relevanz.*

17. **Kontext Wochenzeitung**
Überblick über vergangenen und zukünftige Ketten:

Ein Interview mit Friedensforscher Wolfgang Sternstein.

Außerdem noch einen Essay zum Thema Verfassungsschutz von Udo Kauß, dem Vorsitzenden der Humanistischen Union Baden-Württemberg.

Die ganze Ausgabe gibt es hier.

18. **Studierende als Investitionsobjekte**
Mit der Studentenaktie schreitet die Schweiz bei der Etablierung neofeudaler Abhängigkeitsverhältnisse im Bildungswesen munter voran
Es gehört inzwischen zum guten Ton in der Arbeitswelt, offen und affirmativ mit dem Warencharakter des eigenen Arbeitsvermögens umzugehen. Viele Lohnabhängige – insbesondere in der Mitteklasse – sehen sich ohne jedwede Illusionen tatsächlich als Warensubjekte, als Ich-AGs oder als Humankapital, das nur noch nach der Realisierung eines möglichst guten Marktpreises zu streben habe. Diese illusionslose und offene Zurichtung des Menschen zur Ware, die gerade in Reaktion auf die gegenwärtige kapitalistische Systemkrise forciert wurde, geht mit einer Fülle Orwellscher Strategien der “Selbstoptimierung” einher, die auf die Hebung des Leistungsvermögens wie auch der “Soft Skills” der zu “Unternehmern ihrer selbst” mutierten Lohnabhängigen abzielen.
Quelle: Telepolis
19. **Nachtrag zu unserem gestrigen Hinweis Nr. 12 c**
Unser Leser Pfarrer Sascha Michalak schreibt,

> *“Liebe Redaktion der NachDenkSeiten,*
> *bezüglich der bei euch populär abgebildeten Grafik und dem aktuellen Getöse um das sogenannte „Violettbuch Kirchenfinanzen“ scheinen mir einige Anmerkungen angebracht, die das ganze ins rechte Licht rücken. Als jemand der selbst für die evangelische Kirche arbeitet und der Organisation selbst gegenüber durchaus auch kritisch ist, ärgert mich besonders unreflektierte und ungerechtfertigte Kritik. Und um diese scheint es sich bei der Anmerkungen vom 16.10. mit der Übernahme des Schaubildes zu handeln.*
> *Ich möchte zunächst die einzelnen Punkte kommentieren, wo ich es für nötig gebracht habe. Fast 20 Milliarden Zuschüsse von Seiten des Staates an die Kirchen hört sich gewaltig an. Aber sehen wir uns doch einmal einfach an, worin dieses „Staatsgeld“ besteht und wofür es konkret verwendet wird.“*

Quelle: Anmerkung [PDF – 44.7 KB]

Anmerkung RS: *Es gibt vieles an den Kirchen zu kritisieren, was allerdings nicht heißt, dass man die gesellschaftlichen Leistungen der Kirchen leugnen muss. Pfarrer Michalak zeigt viele dieser Leistungen auf, auch wenn man nicht alles so sehen muss, wie er.*
Ich sehe z.B. die Trennung von Staat und Kirche als demokratische Errungenschaft, die allerdings in Deutschland noch nicht erfolgt ist. Er nennt die USA als Beispiel dafür, wie diese Trennung Extremisten fördert. Es ist aber anzumerken, dass diese Trennung in den USA seit Anfang an existiert, die fundamentalistischen Extremisten im heutigen Ausmaß aber erst seit etwa dreißig Jahren.
Dazu muss man anmerken, dass der Vergleich zwischen den amerikanischen Fundamentalisten und der Sekte „Zwölf Stämme“ ziemlich übertrieben ist. Dass 25 Prozent der Bevölkerung fundamentalistische Tendenzen hat, mal mehr, mal weniger, dürfte in etwa stimmen. Dass diese Menschen „radikale christliche Spinner sind, gegen die die Sekte der 12 Stämme noch harmlos ist“ trifft auf die große Mehrheit dieser Menschen doch nicht zu.

[«*] Guillaume Duval ist Chefredakteur der Alternatives Économiques in Frankreich und Autor des Buches „Made in Germany“.